

Protest gegen Tagung in Uni

SPD und Grüne:

Veranstalter homophob

Ein geplanter Kongress an der Goethe-Universität mit dem Titel „Familienkonflikte gewaltfrei austragen“ ruft bei SPD und Grünen im Römer Protest hervor. Beide Stadtverordnetenfraktionen werfen den Organisatoren vor, homosexuellenfeindliche Positionen zu vertreten. Als wissenschaftlicher Leiter der Tagung vom 13. bis 15. April firmiert der Soziologe Gerhard Amendt, früherer Direktor des Instituts für Geschlechter- und Generationenforschung an der Universität Bremen.

Amendt gehöre zum „höchst umstrittenen Kreis der ‚Homosexuellen-Therapeuten‘“ und bezeichne Homosexualität als „pervers“, äußerte der Grünen-Fraktionsvorsitzende Manuel Stock. Auch veröffentliche der Forscher Texte beim „Deutschen Institut für Jugend und Gesellschaft“, das Homosexualität mit Pädophilie in Verbindung bringe und Schwule und Lesben als psychisch krank diffamiere. Der SPD-Stadtverordnete Thomas Bäppler-Wolf warf dem Mitorganisator der Konferenz Tom Todd vor, dieser mache als zweiter Vorsitzender des Vereins Agens gegen „Gendersprache“ mobil und warne vor einer „Ausbreitung der Homosexualität“. Agens kooperiere mit der Organisation „Demo für alle“, die Unterschriften für eine Petition gegen die gleichgeschlechtliche Ehe sammle.

Bäppler-Wolf und Stock baten die

sitzender des Vereins Agens gegen „Gendersprache“ mobil und warne vor einer „Ausbreitung der Homosexualität“. Agens kooperiere mit der Organisation „Demo für alle“, die Unterschriften für eine Petition gegen die gleichgeschlechtliche Ehe sammle.

Bäppler-Wolf und Stock baten die Universität, die Vergabe von Räumen an die Organisatoren der Tagung zu überdenken. Der SPD-Politiker schrieb, eine Institution wie die Goethe-Universität solle solchen Personen kein Forum bieten. Stock sagte, die Organisatoren der Tagung seien nicht an einem wissenschaftlichen Diskurs interessiert, sondern würdigten Menschen gezielt herab. Der Asta der Universität rief für den 14. April zu einer Demonstration gegen die Konferenz auf. Von deren Veranstaltern war gestern keine Stellungnahme zu erhalten.

Die Universität wies darauf hin, dass die Räume für die Tagung im Hörsaalzentrum auf dem Westend-Campus von ihrer Tochtergesellschaft Campuservice vermietet worden seien. Diese habe aufgrund der vom Organisator vorgelegten Referenzen keinen Zweifel daran gehabt, dass es sich um eine Veranstaltung „mit seriösem Hintergrund“ handle. Daher habe es keinen Grund gegeben, die Anfrage abzulehnen.

Der Vermietungsvertrag mit dem Veranstalter könne nur aus schwerwiegendem Anlass gekündigt werden. Ob es einen solchen gebe, werde nun geprüft. Campuservice lehne Raum-Anfragen von verfassungsfeindlichen Organisationen sowie von Gruppierungen ab, deren Positionen dem Leitbild der Universität widersprächen, etwa weil sie rassistisch seien.